FACHGEMEINSCHAFT BAU
BERLIN UND BRANDENBURG e.V.

PRESSEMITTEILUNG

Ja zur Ausbildung, nein zur allgemeinen Ausbildungsplatzabgabe in Berlin

---

Berlin, 13.11.2025. Anlässlich der heutigen Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Berliner Abgeordnetenhaus zum Thema Ausbildungsplatzabgabe bekräftigt die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg ihre klare Ablehnung einer branchenübergreifenden Ausbildungsplatzabgabe. In der aktuellen Herbst-Umfrage der Fachgemeinschaft Bau haben 98 % der befragten Bauunternehmen angegeben, dass die Umlage kein ausschlaggebendes Argument für ein Ausbildungsengagement ist.

„Auf keinen Fall sollte eine branchenübergreifende Umlage eingeführt werden, die als pauschale Strafmaßnahme für die gesamte Berliner Wirtschaft zu verstehen ist und die Besonderheiten der Berliner Wirtschaftsstruktur außer Acht lässt", fordert Katarzyna M. Urbanczyk-Siwek, Geschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau.

„Qualität und Quantität der Ausbildung lassen sich nicht durch Zwang verordnen. Was wir brauchen, sind bessere Rahmenbedingungen: solide Schulbildung, intensive Berufsorientierung und Unterstützung der Unternehmen, statt neuer Bürokratie und Strafabgaben", so Urbanczyk-Siwek weiter.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Ansprechperson:
Anja Engelmohr | Referatsleiterin Politik
Tel.: 030 / 86 00 04-57
E-Mail: engelmohr@fg-bau.de